

Kein Glasperlenspiel

Jahreskonferenz der Deutschen Gesellschaft zur Erforschung des Politischen Denkens (DGEPD), Berlin 1.–2.10.2009

*Matthias Lemke**

Das Verhängnis, in das Hermann Hesse in seinem bekannten Zukunftsroman *Das Glasperlenspiel* den Magister Ludi Joseph Knecht treiben lässt, resultiert aus einer überspitzten Entfremdung von Welt und Wissenschaft. Nun ist die deutsche Politikwissenschaft und mit ihr die Teildisziplin der Politischen Theorie des Jahres 2009 nicht Kastalien. Aber dem Vorwurf der – nicht immer uneitlen – Selbstzentrierung, Realitätsferne und gering ausgeprägten empirischen Belastbarkeit sieht sich die akademische Disziplin der Politischen Theorie dennoch ausgesetzt.

Politische Theorie und Praxis

Ob das Verhältnis von Theorie zu Praxis in der Politischen Theorie also tatsächlich aus den Fugen geraten ist, galt es im Rahmen der Jahreskonferenz der DGEPD ‚Die Zukunft der Politischen Theorie in Deutschland‘ zu verhandeln. Dass die Politische Theorie mehr sein solle als eine den anderen Teildisziplinen der Politikwissenschaft ‚zuarbeitende Bereichstheorie‘, wie Clemens Kauffmann dieses gegenwärtig verbreitete und unnötig devote Theorieverständnis auf einen Nenner brachte, darüber bestand Konsens. Einzig die Frage nach der Ausgestaltung der

selbst zugeschriebenen Kompetenz war strittig. Dass sie strittig war und blieb, stellt allerdings keinen negativen Befund dar, sondern macht deutlich, dass das Fach zwischen verschiedenen sinnvollen, wissenschaftlich tragfähigen Aufgabenzuschreibungen zu wählen vermag. Die Politische Theorie erscheint also wesentlich bunter, als es die von Kauffmann zu Recht kritisierte Selbstbeschränkung vermuten ließe.

Was also ist gute wissenschaftliche Praxis für die Politische Theorie? Der Strauss von Vorschlägen umfasste eine ‚Grundlagen- und Prämissenreflexion des Politischen‘ (Barbara Zehnpfennig), wie auch die ‚Kanonisierung der einschlägigen politiktheoretischen Werke‘ bis hin zu einer ‚analytischen Aufbereitung von Begriffen, Ideen, Symbolen, Metaphern‘ (Henning Ottmann) politischer Diskurse. Die naheliegendste und zugleich praktischste Idee, was Politische Theorie leisten könne, formulierte indes Volker Gerhardt. Neben der Vermittlung eines gegenwartsdiagnostischen Verständnisses politischer Praxis ging es ihm um die Intervention der Politischen Theorie in der politischen Praxis selbst. Damit rückt jenes Bild des öffentlichen Intellektuellen wieder stärker in den Mittelpunkt, das zuletzt noch von Pierre Bourdieu eingelöst worden war.

* Dr. Matthias Lemke, Universität Duisburg-Essen
Kontakt: matthias.lemke@uni-due.de _

Dass der 2002 verstorbene französische Soziologe mit seinen Interventionen gegen den Neoliberalismus häufig aneckte und nicht nur Begeisterung, sondern auch manifesten Widerspruch erfuhr, tut der Forderung Gerhardts keinen Abbruch. Denn, wie Julian Nida-Rümelin betonte, die demokratischen Institutionen dieses Staates und die bürgerschaftlichen Interventionen in eben dieses Institutionengefüge hinein stehen in einem „wechselseitigen Stützungsverhältnis“. Dabei kann ein wissenschaftlicher, hoffentlich auch polarisierender Diskurs gar nicht ungelegen kommen. Betrachtet man die im Rahmen des Bundestagswahlkampfes so häufig beklagte Konturlosigkeit der politischen Positionen und die damit ursächlich verknüpfte hohe Wahlenthaltung, dann kann die Politische Theorie tatsächlich Stützungsdienste leisten.

Doch so begrüßenswert diese Praxisausrichtung Politischer Theorie auch sein mag – ein Makel bleibt. Denn auch wenn Nida-Rümelin und Gerhardt mehr Praxisbezug einfordern, so muss dieser Appell zuerst in eine Debatte um die empirische Ausrichtung der Teildisziplin als Ganzes münden. Denn die Debatte um das inhaltliche wie methodologische Verhältnis der Politischen Theorie zur Empirie jenseits der hermeneutischen Erschließung geschriebener Texte steht noch aus. Es bleibt abzuwarten, ob der von der DGEPD-Tagung ausgehende Impuls in diese Richtung Gehör finden wird, auch wenn Gesine Schwan (Frankfurt/Oder), Wolfgang Thierse oder auch der neue DVPW-Vorsitzende Hubertus Buchstein (Greifswald) für die Öffnung der Politischen Theorie hin auf ihre Verantwortung gegenüber der repräsentativen Demokratie plädiert hatten – egal ob im lokalen, nationalen oder transnationalen Raum. Damit ist die Tagung wieder ganz nah bei der politischen Philosophie Hannah Arendts, die eine Ermächtigung zum politischen Handeln in der Interaktion der Vielen, und nicht etwa beim isolierten Einzelnen verortet hatte. In *Macht und Gewalt* schrieb Arendt: „Was den Institutionen und Gesetzen eines Landes Macht verleiht, ist die Un-

terstützung des Volkes, die wiederum nur die Fortsetzung jenes ursprünglichen Konsenses ist, welcher Institutionen und Gesetze ins Leben gerufen hat.“ Bei dieser „Organisation der Gleichen vor dem Gesetz“, so kann ein inhaltliches Fazit der Tagung lauten, wird sich die Politische Theorie jederzeit aktiv einbringen müssen.

Berliner Erklärung

Neben dieser inhaltlichen Verortung hat die DGEPD auch wissenschaftspolitisch Position bezogen. Im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung verabschiedete sie die auf eine Initiative von Julian Nida-Rümelin zurückgehende *Berliner Erklärung*. Aus Sorge um die aktuelle Entwicklung des Faches Politische Theorie an deutschen Universitäten, das im internationalen Vergleich innerhalb der Disziplin deutlich an Gewicht zu verlieren drohe, betonten die Unterzeichner der Erklärung – Barbara Zehnpeffnig (Passau), Clemens Kauffmann (Erlangen) und Julian Nida-Rümelin – die grundsätzliche reflexive Leistung der Politischen Theorie als ‚Grundlagenwissenschaft‘. Sowohl „die kulturelle und historische Dimension politischer Praxis bedürfen der wissenschaftlichen Analyse, Stellungnahme und Begründung“, so der Text der Erklärung.

Damit die Politische Theorie als eigenständiges Fach dieser Funktion gerecht werden kann, bedürfe es einer verstärkten Einbindung politiktheoretischer Inhalte in interdisziplinäre sozial- oder kulturwissenschaftliche Master-Studiengänge. Auch hinsichtlich der Drittmittelfähigkeit des Faches dürfe die Evaluation der Leistungen der Politischen Theorie nicht an den sonst üblichen Standards der empirischen Sozialwissenschaften gemessen werden. In dieser Forderung schwingt die Sorge mit, der Politischen Theorie drohe auf mittlere Sicht eine Unterfinanzierung von Lehre und Forschung. Diese Sorge erscheint nicht unberechtigt, denn eine als ‚hermeneutische Geisteswissenschaft‘ deklarierte Politische Theorie, die

sich mit den übrigen *Social Sciences* in einer Konkurrenz um knappe Finanzressourcen aus der öffentlichen wie aus der privaten Hand befindet, wird sich immer der Frage nach der Belastbarkeit und Nachhaltigkeit ihrer Forschungsergebnisse ausgesetzt sehen.

Was bleibt?

Die Politische Theorie in Deutschland, das bleibt in der Rückschau von Berlin, steht also zunächst einmal lebendiger da und befindet sich weiter entfernt vom Abgrund als vermutet, ihr droht kein kastalisches Verhängnis. Noch zu klären ist allerdings die Frage nach dem Verhältnis des Faches zur Empirie. Ob diese empirischen Bezugnahmen hinsichtlich der Verankerung demokratischer Praxis in transnationalen Räumen, wie Hubertus Buchstein betonte, oder aber schlicht in der exi-

stenziellen Notwendigkeit einer lebendigen Ausgestaltung der Demokratie selbst liegen könnten, wie Wolfgang Thierse anmahnte, muss an dieser Stelle offen bleiben.

Als während des letzten Vormittags Thierses Handy klingelte und sich Gesine Schwan zu dem Kommentar hinreißen ließ, ob Thierse sich doch noch für die Übernahme des Parteivorsitzes entschieden habe, ergriff eine gewisse Heiterkeit das Plenum. Zuvor hatten Schwan und Thierse für die Öffnung der Politischen Theorie hin auf ihre Verantwortung gegenüber der repräsentativen Demokratie plädiert. Ob das Plenum wohl geahnt haben mag, dass am anderen Ende der Leitung genau jene Empirie lauerte, die man, wie Thierse vorher noch gewarnt hatte, „nicht allein den Politikern überantworten“ dürfe?

